Gesunde Ernährung fördern, Bürgerinnen und Bürger entlasten - Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel senken

Drucksache **20/4309** · eingebracht 2026-04-07 — Antragsteller: SSW

Gesundheit | Soziales | Ernährungspolitik | Steuerpolitik

ZUSAMMENFASSUNG

Der SSW-Antrag fordert eine Bundesratsinitiative zur Senkung der Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel auf 0 %, um einkommensschwache Haushalte zu entlasten und gesunde Ernährung zu fördern.

KERNFORDERUNGEN

- Steuerliche Entlastung für gesunde Lebensmittel
- Förderung gesundheitsförderlicher Ernährung
- Reduktion gesellschaftlicher Folgekosten durch Prävention

BEWERTUNG

8.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Unterstützen mit Änderungen

Der Antrag stärkt soziale Gerechtigkeit (D4) durch gezielte Entlastung einkommensschwacher Haushalte bei gesunden Lebensmitteln und fördert ökologische Nachhaltigkeit (D3) indirekt über Anreize für pflanzliche, wenig verarbeitete Nahrungsmittel. Er unterstützt auch Solidarität (D2) durch Gesundheitsprävention und Menschenwürde (D1) durch Zugang zu gesunder Ernährung als Grundvoraussetzung für Teilhabe. Die fehlende Konkretisierung von Kriterien für 'gesunde Lebensmittel' und die Ausklammerung von Lieferketten (A-Gruppe) sowie transnationalen Effekten (E-Gruppe) begrenzen den Score.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare soziale Zielgruppenorientierung
- Direkter Bezug zu Gesundheitsprävention
- Konsistenz mit SSW-Wahlprogramm
- Potenzial zur Reduktion gesundheitspolitischer Ungleichheit

Schwächen

- Keine Definition von 'gesund'
- Keine Berücksichtigung von Lieferketten (A-Gruppe)
- Keine Transparenz- oder Beteiligungsmechanismen (D5)

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	++	+	+	++	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 **Menschenwürde** Bewertung: +4

Zugang zu gesunder Ernährung als Voraussetzung für körperliche und psychische Integrität

D4 **Soziale Gerechtigkeit** Bewertung: +4

Gezielte finanzielle Entlastung einkommensschwacher Haushalte bei Grundbedürfnissen

D2 **Solidarität** Bewertung: +3

Gemeinwohlorientierte Steuerpolitik zur Förderung gesundheitsförderlicher Verhaltensweisen

D3 **Ökologische Nachhaltigkeit** Bewertung: +2

Indirekte Förderung ressourcenschonender, pflanzenbasierter Ernährung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 4/10

Die CDU betont in ihrem Wahlprogramm 2022 die Bedeutung nachhaltiger Ernährung und Lebensmittelverschwendung (Q6), lehnt aber steuerliche Sonderregelungen ab, da sie eine geringe Steuerlast und Wettbewerbsfähigkeit priorisiert (Q13). Ein Null-Satz widerspricht ihrer Haltung zur Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung (Q8).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 3/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Steuergerechtigkeit nicht als Umverteilungsinstrument, sondern als Standortfaktor (Q13, Q12). Eine gesundheitsorientierte Steuersenkung wird nicht erwähnt; stattdessen steht die Substanzbesteuerung kritisch (Q9).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag entspricht zentralen Zielen des Grünen Wahlprogramms 2022: Förderung gesunder und nachhaltiger Ernährung in öffentlichen Einrichtungen (Q16), Prävention als Grundprinzip (Q17), und Verbraucherschutz durch transparente Entscheidungsgrundlagen (Q20). Die Steueranreiz-Idee ist konsistent mit der Zielsetzung, gesunde Ernährung praktisch umzusetzen.

> „Wir möchten dafür sorgen, dass das Wissen über eine gesunde und nachhaltige Ernährung in der Verpflegung öffentlich finanzierter Einrichtungen auch praktisch umgesetzt wird."
> `Grüne Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 147`

PARTEIPROGRAMM 8/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert das Recht auf gesunde Nahrung (Q22) und fordert ein gerechtes Steuersystem, das soziale Ungleichheit reduziert (Q21). Ein Null-Satz auf gesunde Lebensmittel wäre ein konsequenter Schritt zur Umsetzung dieser Ziele.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen zum Wahlprogramm NRW 2022 im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen zum Wahlprogramm NRW 2022 im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

1/10

Die FDP setzt auf Technologieoffenheit und Marktmechanismen statt auf steuerliche Lenkung (Q2022-NRW). Ihr Grundsatzprogramm 2012 betont individuelle Freiheit und Eigenverantwortung (Q12), nicht staatliche Preislenkung via Steuersätze. Ein Null-Satz widerspricht ihrer Ablehnung von Subventionen und Lenkungsmaßnahmen.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 sieht Steuern primär als Finanzierungsinstrument, nicht als Lenkungsinstrument (Q12). Es betont Wettbewerb und freie Marktwirtschaft — eine differenzierte Mehrwertsteuer würde als Eingriff in Marktprozesse gewertet.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SSW ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

9/10

Der Antrag spiegelt direkt die SSW-Kernforderung nach Entlastung niedriger Einkommen wider (Q2) und ergänzt diese durch eine gesundheits- und sozialpolitische Dimension. Die Verbindung von Daseinsvorsorge (Q1), Sozialstaatlichkeit und Chancengleichheit ist zentral im Wahlprogramm.

> „Wir wollen, dass niedrige Einkommen bei den Sozialbeträgen entlastet werden, damit es sich lohnt, Arbeit anzunehmen."
> SSW Schleswig-Holstein Wahlprogramm 2022, S. 12

PARTEIPROGRAMM

9/10

Obwohl kein Parteiprogramm im Kontext vorliegt, ist die Forderung nach sozialer Entlastung und gesundheitsförderlicher Daseinsvorsorge systematisch konsistent mit dem SSW-Profil als sozial-ökologischer Minderheitenpartei. Keine Widersprüche erkennbar.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass der Mehrwertsteuersatz auf gesunde Lebensmittel auf 0 % abgesenkt wird.

> Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass der Mehrwertsteuersatz auf gesunde, regional erzeugte und ökologisch produzierte Lebensmittel – insbesondere Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte, Vollkornprodukte und Milchalternativen – auf 0 % abgesenkt wird, unter Berücksichtigung klar definierter Kriterien gemäß der Deutschen Lebensmittelbuchkommission und EU-Richtlinien zur gesunden Ernährung.

Begründung: Stärkt ökologische Nachhaltigkeit (D3) und Solidarität (D2) durch Verknüpfung mit Regionalität und Ökologie; erhöht Transparenz (D5) durch klare Kriterien.

Vorschlag 2 von 3

Original: Eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel, wie z.B. Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Vollkornprodukte kann einen wichtigen Beitrag leisten…

> Eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel, wie z.B. Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Vollkornprodukte sowie pflanzliche Milchalternativen und unverarbeitete Nüsse, kann einen wichtigen Beitrag leisten…

Begründung: Erweitert soziale Gerechtigkeit (D4) und ökologische Nachhaltigkeit (D3) durch Inklusion pflanzlicher Alternativen, die besonders für Allergiker:innen, Veganer:innen und klimabewusste Verbraucher:innen relevant sind.

Vorschlag 3 von 3

Original: Dadurch lassen sich langfristig auch gesellschaftliche Folgekosten durch ernährungsbedingte Erkrankungen reduzieren.

> Dadurch lassen sich langfristig auch gesellschaftliche Folgekosten durch ernährungsbedingte Erkrankungen reduzieren und die Resilienz des Gesundheitssystems stärken – insbesondere in ländlichen Regionen mit wachsendem Versorgungsdruck.

Begründung: Verknüpft mit Daseinsvorsorge (D4) und Menschenwürde (D1); adressiert spezifische schleswig-holsteinische Herausforderungen (ländlicher Raum, Q11).

Original-Antrag

Drucksache 20/4309

Gesunde Ernährung fördern, Bürgerinnen und Bürger entlasten - Mehrwertst·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER LANDTAG **Drucksache 20/4309**
20. Wahlperiode 7. April 2026

Antrag

der Fraktion des SSW

Gesunde Ernährung fördern, Bürgerinnen und Bürger entlasten - Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel senken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass der Mehrwertsteuersatz auf gesunde Lebensmittel auf 0 % abgesenkt wird.

Begründung:

Eine gesunde Ernährung ist eine zentrale Voraussetzung für Lebensqualität, gesundheitliche Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig stehen viele Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts gestiegener Lebensmittelpreise unter erheblichem finanziellen Druck. Gerade gesunde Lebensmittel sind dabei häufig teurer als hochverarbeitete Produkte mit geringem Nährwert.

Die derzeitige Mehrwertsteuerstruktur setzt keine ausreichenden Anreize für eine gesunde und nachhaltige Ernährung. Zwar gilt für Lebensmittel grundsätzlich ein ermäßigter Steuersatz, jedoch erfolgt keine Differenzierung nach gesundheitlichen oder ökologischen Kriterien. Dies wird den aktuellen ernährungs-, gesundheits- und sozialpolitischen Herausforderungen nicht gerecht.

Eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf gesunde Lebensmittel, wie z.B. Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und Vollkornprodukte kann einen wichtigen Beitrag leisten, um insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen zu entlasten und zugleich eine ausgewogenere Ernährung zu fördern. Dadurch lassen sich langfristig auch gesellschaftliche Folgekosten durch ernährungsbedingte Erkrankungen reduzieren.

Christian Dirschauer
und Fraktion